

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 254/81

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

**Ben-Cion R. [REDACTED],
V. [REDACTED] [REDACTED], H. [REDACTED], I. [REDACTED]**

**Kläger und Beschwerdeführer,
- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -**

g e g e n

**Freistaat B a y e r n ,
vertreten durch die Bezirksfinanzdirektion [REDACTED],
Altenburgerstraße 8, [REDACTED],**

Beklagten und Beschwerdegegner

2. 2. 4. 2

Die Behörde hat ihre Ablehnung des Antrags auf Miterausgleich (§ 171 BGG) wegen Gesundheitsschadens außer mit dem Ausschluss nach §§ 190 a Abs. 1, 190 Nr. 2 BGG auch damit begründet, daß die Durchsetzung etwaiger Ansprüche am Fehlen der Begründung der gegen das Landgerichtliche Urteil vom 23. Juni 1967 eingelegtem Berufung gescheitert und das überdies ein verfolgungsbedingter Gesundheitsschaden nicht nachgewiesen sei.

Der Berufungsrichter bestätigt die auf Ziffer II 6 der Mitermittlungen der Länder gestützte Kriminantenbeurteilung. Der Kläger hat sich von dem Vorwurf, er oder sein Bevollmächtigter habe das Scholtern zu vertreten, nicht entlastet. Weiter ist der Berufungsrichter davon überzeugt,

- 3 -

daß verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden nicht als nachgelesen angesehen werden könnten.

Gegen diese Begründung, die der Tatrichter verurteilt, ist aus Rechtsgründen nichts zu erinnern. Sie trägt das Berufungsurteil. Ein gesetzlicher Grund für die Zulassung der Revision (§ 219 Abs. 2 ZPO) ergibt sich daraus nicht. Unter diesen Umständen kommt es auf die Frage, ob der Kläger mit dem Härtenausgleichsentscheid nach § 190 a Abs. 1 ZPO ausgeschlossen ist, nicht an.

Ma1

Nemke1



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
(mobile App)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)